

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkne“, Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich RM. 2.70 (einschl. Porto), bei den Agenten monatlich 1.00 RM, einschließlich Trägerlohn, Anzeigen: Grundpreis 25 Pfg., lokale 20 Pfg., Anzeigen von auswärts werden durch Vorkassenzahlung erhoben. Druckort: Friedberg, Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen), Danauerstraße 12, Fernsprecher 43, Postfach-Conto Nr. 4339, Amt Frankfurt a. M.

Ablehnung unserer Front von dem Gegner zwischen Schelde und Oise.

Mißlungene Durchbruchversuche. — Um den Kaiser. — Putzsch in Kiel und Stuttgart.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. F. S. Großes Hauptquartier, den 5. November 1918.

Westlicher Kriegsausflug

Zwischen der Schelde und Oise haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In jenen, bis in die Dämmerung während dem Ringen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzuhalten und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die gegen unsere neue Front Schanz-Marguile le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht. Marguile le Petit, das nordwestlich in Feindbesitz fiel, nahmen wir wieder. Den beiderseits von Le Quesnoy vordringenden Angriff brachten wir südlich von Marguile le Petit und bei Tournai zum Stehen. Le Quesnoy, durch beiderseitige Umlenkungen bedroht, wurde beschleunigt geräumt. Der gegen den Wald von Mormal gerichtete Einfluss des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag dicht hinter unseren vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Oise-Kanals abgewiesen. Am Nachmittag setzte der Gegner seine Angriffe fort. Der Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes gingen wir den Stoß östlich von Tournai, südlich des Waldes am Sambre-Oise-Kanal auf. Der Kanalschnitt östlich von Oes und Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstöße behauptet. Südlich von Catillon ließ der Feind in etwa 1-2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße La Grasse-Oise nördliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Kanallinie zwischen Hesse und nördöstlich von Etteuz und der Oise konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vorderste Stellung hinaus vorzudringen. Südlich der Oise sind dem harten Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Sonne ausdehnte, heftige Angriffe südlich von Guille bei Le Perin und gegen Bois le Vargne gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen.

An der Aisne-Front keine Kampfhandlungen. Zwischen Le Chevre und Sommarive schloßerten Teilvorstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulet wichen unsere Truppen heftigen Angriffen beschleunigt auf das östliche Massener nördlich von Stenon aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen bei über die Maas vordringen auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas schloßerten heftige Angriffe, westlich der Mosel Teilvorstöße der Amerikaner.

Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

Der letzte Augenblick

Mittwoch 1 Uhr ist Schluß der Zeichnungsfrist für die 9te Kriegsanleihe!

Darum zeichne unverzüglich, wer noch nicht gezeichnet hat!

Abendbericht.

Berlin, 5. Nov., abends. (WB. Amtlich.) An der gestrigen Schlachtfeldfront zwischen Schelde und Oise haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Die Bewegungen sind planmäßig verlaufen. Heute fanden hier nur einzelne Kämpfe statt.

Goltschewitschke Hehe der russischen Regierung.

Berlin, 5. Nov. (WB. Amtlich.) Am 4. November abends traf von Moskau kommend ein Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Räteregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Beim Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wurde eine der Kisten durch Unkosten beschädigt, so daß die darin befindlichen Papiere auf den Boden fielen.

Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zum sofortigen Umsturz auffordern. Eins der Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale“ (der Spartakusgruppe) unterzeichnet war, enthielt einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Meuchelmord und zum Terror auffordert. Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einen geschlossenen und bewachten Raum sicher gestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Übersetzung der amtlichen Vertreter.

Berlin, 5. Nov. (WB.) Die deutsche Regierung verlangt von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeklärte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne findet. Die russische Regierung wurde ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Noch keine Antwort.

Berlin, 5. Nov. (WB. Amtlich.) An den Gerüchten, die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen seien bereits an die deutsche Regierung gelangt, würden aber der Öffentlichkeit noch verheimlicht, ist kein wahres Wort. Die Regierung hat bisher weder auf amtlichem noch auf anderem Wege von dem Inhalt dieser Bedingungen Kenntnis erhalten.

Haag, 5. Nov. Das holländische Neuwachsbureau meldet aus London: Im Unterhause teilte heute Lord George mit, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson ersucht haben, er möge Deutschland mitteilen, daß es sich, falls es die Waffenstillstandsbedingungen, über die sich die Alliierten geeinigt haben, hinnehmen wolle, in üblicher Weise an den Marshall Hof wenden müsse.

Haag, 5. Nov. Reuters meldet aus London: Die „Times“ berichtet aus Paris: Die Alliierten sind über die Waffenstillstandsbedingungen zur Übereinstimmung gekommen. Der Erfolg der Alliierten an der französischen Front läßt keinen Zweifel darüber zu, daß Deutschland die Bedingungen annehmen muß.

Goltschewitschke Putzsch in Deutschland.

Kiel, 4. Nov. Ueber bedauerliche Vorgänge, die sich am Sonntag in Kiel ereigneten, erstattet die „Kieler Zeitung“ heute einen Bericht, dem zu entnehmen ist, daß gestern nachmittag auf dem großen Erzerplatz eine Versammlung abgehalten wurde, an der zahlreiche Marinemannschaften und Arbeiter beteiligt waren. Ein Führer der Unabhängigen hielt eine Ansprache. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf dem Wege zur Stadt die Leute aus der Kaserne an der „Waldstraße“ aufnahm, darauf das Innere der Kaserne erheblich beschädigte und aus ihr eine Anzahl Waffen mitnahm. In der Stadt schlossen sich dem Zuge viele Personen, unter ihnen zahlreiche Matrosen an. Die Menge beschloß, nach der Militärarrestanten-Anstalt zu ziehen, um dort untergebrachte Gefangene zu befreien, wurde jedoch an der Karl- und Brunsweiderstraße durch Militär aufgehalten. Der beschließende Offizier forderte die Menge zum Auseinandergehen auf. Wenn die Masse drängte vorwärts und sich auch nicht zurück, als einige blinde Schüsse abgegeben wurden. Jetzt erfolgte der Befehl zum sofortigen Stehen, dem bedauerlicherweise eine Anzahl Marinenecken zum Opfer fielen. Es gab acht Tote und 29 Verwundete. Dem Vernehmen nach sollen auch aus der Menge, während sie flüchtete, Schüsse gefallen sein.

Die Vorgänge in Stuttgart.

Stuttgart, 4. Nov. (WB.) Zur Verhütung der unzulässigen Darstellung in einigen Abendblättern erfahren wir von zuständiger Stelle über die heutigen Vorgänge in Stuttgart folgendes: Von der Arbeiterkassette der Daimlerwerke in Unterlärcheim und einiger anderer Werke, die heute feierten, zogen einige Tausend Personen, darunter viele Frauen, Mädchen und junge Burken auf den Schloßplatz, wo der Führer der unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Von der Bildung eines Arbeiterrates, wozu in den Abendblättern die Rede ist, ist nichts bekannt geworden. Der Zug bewegte sich vor das Ministerium des Innern. Eine Abordnung der Arbeiter hat um Wehr, das vom Minister des Innern aus freien Stücken gewährt wurde. Dieser erklärte, die Vermutung der Arbeiterkassette, daß die Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde, obgleich an Deutschland mitgeteilt, der Bevölkerung verheimlicht würden, für grundlos und behielt sich gegenüber dem von den Erschienenen vorgetragenen Programm, das neben beschleunigten inneren wirtschaftlichen Forderungen enthielt, keine Entscheidung über die Erteilung einer Antwort vor. Die Menge verteilte sich darauf. Es wurden, jedoch vergeblich, Verleumdungen unternommen, die Arbeiterkassette der Bolschewiken in Stuttgart und Feuerbach zum Anschluß an die Bewegung zu veranlassen. In den Nachmittagsstunden bildete sich von neuem eine große Versammlung vor dem Ministerium des Innern. Es erschien nochmals eine Arbeiterabordnung, der der Minister die Prüfung der ihr betreuenden wirtschaftlichen Fragen zusagte, während er die Forderung der unmittelbaren Forderungen zunächst ablehnte und auf die Angelegenheit solcher Worte zur Erreichung des allseitig eingetretten Friedens hinwies. Nach Beendigung dieser Antwort ging die Menge auseinander. Im Verlauf der ganzen Kundgebungen sind keine gewaltsamen Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen. Die Teilnehmer befanden sich zum größten Teil aus Angehörigen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Die Polizei war nirgendwo zum Einschreiten mit der Waffe gezwungen. Für morgen — Dienstag — ist die Wiederaufnahme der Arbeit bei Daimler und in den anderen Werken angekündigt worden.

Aus dem ehemaligen Österreich.

Borarlberg und Viedertstein.

Vera, 4. Nov. In der Bewegung in Borarlberg (Bezirk von Bregenz bis zum Arlberg) und im Fürstentum Viedertstein, die den Anstich an die Schwere zum Ziele hat, bemerkt die „Neue Zürcher Zeitung“, daß sie von dem Symbolgefühle für die Schwere gebührend Kenntnis nimmt, aber keinen Anstich sieht, die politische und staatsrechtliche Seite der Angelegenheit gegenwärtig zu unteruchen, weil die schließliche Gestaltung der politischen Verhältnisse Europas heute gänzlich unübersehbar sei.

Das Österreichische italienische Kriegsgefangenen.

Wien, 4. Nov. (WB.) Amtlich wird festgestellt, daß der Lagerkommandant des Gefangenenlagers Siegmundshausen nicht die Gefangenen freiließ, sondern nach dem Abgang der Bewachungsmannschaft mit dem rangältesten italienischen Offizier eine italienische Lagerwache zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufstellte, was auch gelang. In Mauthausen wurde ein Teil der italienischen Kriegsgefangenen, wurde jedoch größtenteils von italienischen Offizierspatrouillen zurückgebracht. Aus dem Lager Prad an der Peitha sollen sich Kriegsgefangene in Richtung Schrobenhausen entfernt haben. Maßnahmen zur Anbahnung sind ergriffen. Aus dem Lager Feldbach wurde mit der Eisenbahn tausend entworfene Kriegsgefangene in ihre Heimat abgeführt. Der Staatsrat und das Kriegsministerium wenden alles auf, um die Kriegsgefangenen so schnell wie möglich in die Heimat abzuschieben, wobei allerdings die Transportmöglichkeiten zu berücksichtigen sind.

Die Lage in Galizien.

Warschau, 4. Nov. (WB.) Den letzten Nachrichten aus Galizien zufolge ist die Verbindung mit Przemyśl nicht unterbrochen und die San-Brücke nicht gesprengt. Jaroslaw, Radosz, Sambour und Grobel sind von den Polen besetzt. Strzy und Przemyśl dagegen von den Ruthenen.

Ein Zwischenfall auf dem Wiener Nordbahnhof.

Wien, 4. Nov. Der heutige Tag verlief in Wien im allgemeinen ruhig. Der Eisenbahnverkehr steht ganz im Zeichen des Rücktransportes der nationalen Truppenteile und der aus

den Kriegesgefangenen abgeleiteten Transporte. Dieß hat auf den Bahnhöfen große Ansammlungen von Mannschaften zur Folge, was heute auf dem Nordbahnhof zu einem bedauerlichen Zwischenfall führte. Ueber ihn meldet die Korrespondenz Wilhelm:

Wie bekannt, werden russische Kriegsgefangene zur Arbeitsförderung in ihre Heimat an die Grenze des Hochschlesischen Staates gebracht. Der Nordbahnhof ist tagsüber von Russen umlagert. Heute gegen 12 Uhr mittags wurde ein Zug von etwa 1000 russischen Kriegsgefangenen zum Nordbahnhof eskortiert. Eine Sicherheitswache begleitete die Russen, und sie gingen ganz ruhig und in Ordnung zum Bahnhof. Als die beiden Abfahrtsportale eines Schienenstranges die Russen heranziehen sahen, bemerkten sie nicht, daß die Kriegsgefangenen eskortiert waren, und glaubten, daß sie auch eine solche Horde vor sich hätten, die, wie anderwärts, vielleicht einen Ueberfall auf den Bahnhof plante. Angehörige der erdrückenden Uebermacht gaben die beiden Russen Alarm, worauf sie in die Luft auf die militärische Wache schrieen, die die Schiffe hielten, glaubte nun, daß es sich um einen Ueberfall meuternder Russen handelte und gab einige Schüsse gegen die Kriegsgefangenen ab. Man hörte alsbald Schreie und erst jetzt hörte sich der Gefangenenerwartung. Vom Bahnhof kam alsbald Hilfe. Die verwundeten Russen wurden verbunden und ins Lazarettspital gebracht. Fünf Russen erlitten schwere Schußwunden. Zwei Russen wurden getötet. Ein Gerücht besagt, daß vier Russen ums Leben gekommen sind. Eine krasse Unterdrückung des Tatbestandes wurde eingeleitet. Unter den anderen Kriegsgefangenen verurteilte der Verstoß große Aufregung. Doch gelang es bald, die erregten Gemüter zu beschwichtigen.

Eine Warnung an die russische Politik.

Von antlicher Seite wird erklärt:

Die deutsche Presse hat sich in den letzten Tagen in auffälliger Weise mit der heftigen russischen Vertreibung beschäftigt und sie als ein gefährliches Zentrum bolschewistischer Agitation in Deutschland hingestellt, dessen man sich baldigst entledigen müsse. Es ist ausgeführt worden, daß die Demonstrationen der „Anarchisten“ sich das Gebäude der russischen Vertreibung unter den Augen zum Ziel nahmen, daß eine außergewöhnlich hohe Zahl von russischen Kurieren nach Deutschland eintrifft, daß

Gelder und Waffen zu umfänglichen Zwecken von Russland nach Deutschland eingeführt werden, kurz, daß von bolschewistischen Russland her eine rege Revolutionstätigkeit bei uns betrieben werde und daß die russische Vertreibung der Mittelpunkt und das Werkzeug für diese Arbeit sei. Der deutschen Regierung wird der Vorwurf gemacht, daß sie dieses Treiben dulde und der daraus drohenden furchtbaren Gefahr gegenüber die Augen verschleiere. Von einem Blatt ist außerdem unter Zurückweisung auf den Nord an dem Kaiserlichen Gesandten Grafen Mirbach der Vorwurf erhoben worden, daß die Regierung nicht energisch auf eine solche dieses furchtbaren Verbrechens fehlenden habe, sondern es sich gefallen lasse, daß die Mörder und die Anstifter dieser Prozesse ausgehen. Gegenüber diesen Vorwürfen muß darauf hingewiesen werden, daß die Regierung weder das Streben der bolschewistischen Regierung nach Erregung einer Revolution in Deutschland außer acht läßt, noch die nachlässige Behandlung der Mörder des Grafen Mirbach ruhig hingenommen hat. Allerdings muß zur Klärung der Verhältnisse bemerkt werden, daß die darin enthaltenen Angaben über das Treiben der heftigen russischen Vertreibung zum Teil nicht den Tatsachen entsprechen, zum Teil gänzlich unbefunden sind. Die Zahl der russischen Kurieren hat die üblichen Grenzen nicht wesentlich überschritten. Die russische Vertreibung hat den betreffenden Vorwurf auch schon selbst durch die Presse zurückgewiesen. Die Behauptungen der Blätter über die Einfuhr von Waffen und Geldern zu Revolutionszwecken gründen sich lediglich auf Verleumdungen entsprechender Absichten in russischen Blättern. Das sind jedoch

keine Beweise, um daraus ein Einschreiten gegen eine durch das Völkergesetz geschilderte Vertreibung zu begründen. Daß die deutsche Regierung, wenn sie ein solches Einschreiten vermeiden hat, sich nicht etwa von Sympathien für die bolschewistische Regierung leiten läßt, wie ein Blatt zu bemerken für gut findet, ist wohl selbstverständlich. Die deutsche Regierung hat jederzeit mit den Bolschewisten den Frieden im Auge behalten müssen, weil sich keine andere Gewalt fand, die genügend Entschlossenheit besaß, um dem Krieg dort ein Ende zu machen. Und sie hat die Beziehungen mit ihnen aufrecht erhalten, weil sie selber die einzige maßgebende Regierungsgewalt in Russland sind und weil sie auch uns gegenüber bisher fortwährend gute Beziehungen erhalten haben. Wenn allerdings, wie nicht zu leugnen ist, in der letzten Zeit mehrgehörte russische Regierungsvorsetzungen ausnahmsweise die Aufsicht geworden sind, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands ihnen im Uebermaß die Grenze internationaler Korrektheit

gehalte und aus diesem Anlaß Gedanken über eine Ausdehnung ihrer revolutionären Praktiken auf Deutschland auszuwerfen, so tritt an die deutsche Regierung die Aufgabe heran, zu prüfen, welche Konsequenzen sie etwa aus solchem Verhalten hinsichtlich unserer Beziehungen zu der bolschewistischen Regierung zu ziehen hat. Und wenn tatsächlich Beweise vorliegen, daß die heftige russische Vertreibung oder sonstige ähnliche russische Verhältnisse in Deutschland den Rahmen der ihnen gegenüber unsere Verpflichtungen vorgehenden Zurückhaltung überschreiten, so wird sie ebenfalls prüfen, welche Forderungen daraus nach Lage der Sache gezogen werden müssen. Was die

Erhörung des Mordes am Grafen Mirbach

anbetrifft, so hat die deutsche Regierung der russischen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die bisherige Behandlung der Angelegenheit von russischer Seite hier als unzureichend betrachtet wird und daß deutscherseits auf einer nachdrücklichen Verfolgung der Mörder und Anstifter bestanden werden muß. Nach dieser Angelegenheit hat also noch nicht ihren Abschluß gefunden.

Diese merkwürdige Regierungserklärung muß in ihrem ganzen Teil die Aufschuldigungen gegen die russische Politik, die im ersten Augenblick über demüthigt werden, sich selber zu eigen machen. Diese sollen zuerst, zum Teil nicht den Tatsachen entsprechen, zum Teil gänzlich unbefunden sein. Dann wird aber doch wieder von einem Uebermaß der Grenze internationaler Korrektheit gesprochen und auf die ersten Folgen hingewiesen, die entstehen können, wenn tatsächlich Beweise vorliegen. Ob eine in so unheimlicher und gewaltiger Vorgebrachte Erklärung wohl den erwarteten Eindruck erzielen kann?

Deutschland und die bolschewistische Gefahr.

Der Bolschewismus als Weltgefahr schilderte in einem Vortrage in der Philharmonie zu Berlin Dr. Eduard Stadler der zwei Jahre Kriegsgefangener in Russland war und die bolschewistische Bewegung in nächster Nähe kennen gelernt hatte.

Bei dem Vortrage, in dem er länger über Geschichte und Wesen des Bolschewismus sprach, rückte er den Blick in besonderer Weise auf Deutschland — und auch für Deutschland mußte er eine bolschewistische Gefahr gegeben, nachdem in Bulgarien und Österreich-Ungarn bolschewistische Verfallserscheinungen zu unübersehbarer waren. „Bei uns in Deutschland ausgebrochen“, sagten einst sogar die Sozialdemokraten unter den drückenden Kriegesgefangenen in Russland angefaßt der geistigen Konfusion der Bolschewisten. Bei der Auflösung des Weltkrieges droht nun aber auch uns durch den Bolschewismus Gefahr, nämlich durch seine Idee des Friedensabstufens, d. h. Frieden um jeden Preis unter Opferung des Staates — eine Idee, die ebenso in den Entente-Ländern lebt. Der bolschewistische Friedensabstufismus führt aber nicht zum Frieden, sondern zur anarchischen Auflösung und Weltrevolution. Deshalb hegen so die russischen Bolschewisten jetzt und werden die Gegenkräfte zwischen Deutschland und der Entente zu schärfen. Ein Scheinfrieden für Deutschland, so rechnen sie, könnte das Bündnis der Russen mit dem deutschen Bolschewismus stärken und dann wäre der bolschewistische Sieg auch im Westen sicher. Die Diktatur des Proletariats wird als Sozialistenform verstanden. Industrie, Handel, Bankwesen sollen mit einem Rucke sozialisiert werden. Zur Zusammenfassung aller nationalen Kräfte kann Staat, Gesellschaft und Wirtschaft reifen. Diese Wahrheit gilt nicht bloß für uns, sondern genau so für die Entente. Solche Zusammenfassung der nationalen Kräfte könnte natürlich nicht das Rad der Weltgeschichte zurückdrehen, sondern muß im Blick auf die Zukunft die soziale und wirtschaftliche Revolution abwehren. Diese Aufgabe ist Sache der Regierungen, wie des ganzen Volkes. Die Regierung muß sich der gewaltigen Friedenshindernisse, das der Bolschewismus durch seine Ziele darstellt, bewußt werden und in größtmöglicher Weise den Kampf aufnehmen. Es ist gar nicht zu verkennen, daß sich jetzt der russische Bolschewismus in demselben Siegeslauf befindet, wie der Entente-Imperialismus. Ist es nicht anders, so muß der Bolschewismus gemeinsam mit der Entente auch nach dem Siege bezwungen werden, der russische nötigenfalls von außen her. Nächste Aufgabe ist es, den Bolschewismus auf dem Balkan und in Österreich-Ungarn zu beseitigen. Dr. Stadler entwickelte dann seine persönlichen Meinungen darüber, wie dem Bolschewismus gestiftet werden könnte. So hofft er, daß durch eine noch weitere Verbreitung des Parlamentarismus dem Bolschewismus bei uns die Spitze abgebrochen und durch eine Gemeinwirtschaft die bolschewistische Idee der Sozialisierung der Industrie, des Handels, des Bankwesens usw. überwinden werden könnte. Jedenfalls müsse das ganze deutsche Volk mitarbeiten an der Ueberwindung des Bolschewismus.

In der Ansprache meinte ein Sozialdemokrat: Die deutschen Arbeiter seien zuvornünftig für den Bolschewismus. Die Angst des Bürgerthums sei unbegründet, habe aber in Befehl verschiedener Reformen doch recht schöne Früchte gebracht.

Aus den Reden

tobi der Kampf der Parteien „unentwegt“ weiter. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen Auszug darüber, der uns so bemerkenswert erscheint, daß wir seinen Inhalt im wesentlichen wiedergeben. Er lautet:

Es ist bekannt, daß wir der Politik Kaiser Wilhelms II. in manchen Fragen nicht folgen konnten. Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, daß wir dem Reichstagsler Caprini in Schiffsrei, seinem Nachfolger zumal in Herder, dem Fürsten Bismarck in wiederholter, Herr v. Bethmann Hollweg, abgesehen von einer Ueberzeugung, wieder in scharfer und zuletzt in unbedingter Opposition gegenübergestanden haben. Oft genug hat man uns ja von demokratischer Seite als Fremden zu demnischen gehabt. In Wirklichkeit waren wir ebenbürtige Fremden wie Byzantiner, haben vielmehr stets als aufrechte, verfassungstreu Monarchisten der jeweiligen Regierungspolitik gegenüber die Stellung eingenommen, die unsere heilige Ueberzeugung uns anwies; und wenn die Sache es gebot, haben wir auch dem Monarchen gegenüber, mit der Ehrlichkeit, die seiner Würde gebührt, aber auch mit deutschem Freimuth, unsere Ueberzeugung freigelegt und zum Ausdruck gebracht. Heute sei insbesondere darauf hingewiesen, daß wir die Lösung von der kontinentalen Sicherungspolitik des Fürsten Bismarck stets für einen schweren Fehler gehalten haben und aus der gleichen Auffassung heraus einer Weltpolitik, die den festen Wurzeln des bismarckschen Kontinentalpolitik verließ, mit Bedenken und Zweifeln gegenüberstanden; immer wieder haben wir betont, daß das Deutsche Reich Weltpolitik nur auf der Grundlage einer starken, gesunden Heimatpolitik treiben dürfe. Oft genug hat man uns ja engstirnige agrarische Abneigung gegen Welt- und Flottenpolitik vorgeworfen: in Wirklichkeit

waren wir keineswegs Gegner dieser Weltpolitik an sich, sondern wir galt vielmehr nur einer Politik, die über den Weltpolitischen Zielen die notwendige feste Grundlage in der Heimat und in Europa vernachlässigte. Wie recht wir mit unserer Sorge gehabt haben, wird wohl jetzt kaum jemand mehr verkennen.

Die Politik, die dann unmittelbar in den Krieg hineingeführt hat, war nicht nur formell, sondern auch sachlich und persönlich ganz entgegengesetzt dem Werk des Herrn v. Bethmann Hollweg und seiner Mitarbeiter. Der Kaiser war in der Zeit, wo sich der Anker schloß, auf der Nordatlantische, und wenn eine Tscheche über jeden Zweifel erhoben und von den schärfsten Gegnern des Kaisers und der Monarchie in Deutschland ebenfalls anerkannt wird wie von den treuesten Monarchisten, dann ist es die, daß Kaiser Wilhelm II. bis zum letzten möglichen Augenblick alles getan hat, um den Frieden zu erhalten, daß er ein Friedensstifter war und sein wollte. Doch Herr v. Bethmann Hollweg selber beim Ausbruch des Krieges ausgesprochen, daß seine Politik zusammengebrochen war, wie ein Kartenhaus, daß er durch verheerliche Kriegserklärungen, durch seine Worte von dem „Reinen Pazier“, von dem „Mureit“ an Bethmann Hollweg schon politisch verloren gemacht hat, aber er hat eigentlich militärisch begonnen, und daß er sich völlig unzulänglich, unsere glänzenden militärischen Erfolge in den ersten Kriegsjahren politisch auszunutzen und uns rechtzeitig eines gedeihlichen Friedens zu erörtern, kann heute kaum noch blinde Parteilichkeit bestreiten. Ebenso trägt Herr v. Bethmann in erster Linie die Verantwortung für die Politik der Halbheit und Unentschiedenheit im Innern, die schließlich in den Zusammenbruch dieser Tage ausmündete. Für die Gefährdung unserer Politik im Kriege konnte man zwei Wege wählen: Entweder den Weg, den unsere Feinde, und doch wohl mit Erfolg, gegangen sind, und den alle geschichtliche Erfahrung als den richtigen Weg während kriegerischer Existenz erweist: man verläßt sich auf die durch die Monarchie gebotene Konzentration der staatlichen und politischen Kräfte und sieht auf diese Weise den inneren Frieden und die Geschlossenheit der Front gegen den äußeren Feind den Krieg hindurch ausstehen; der gegenwärtige große Verirrung, den uns das monarchisch-militärische System für die Kriegsführung gegeben hatte, ließ diesen Weg um so mehr als den natürlichen erscheinen, als ja unsere Feinde dieses System nur um so intensiver und effizienter bei sich selber einführen, je mehr sie gegen deutsche „Anarchisten“ und deutschen „Militarismus“ vorgehen. Wollte man aber als die Dauer des Krieges immer schwerer abzuweichen war, innere Reformen einführen, dann müßte das geschehen, daß durch die monarchische Konzentration der Volkskraft nicht gefährdet sondern zugleich mit verankert wurde; zu einer solchen Politik waren aber rechtzeitige Voraussicht und fester Wille, was eben eine entschlossene Führung nötig wie zum Durchhalten des ersten Weges. Daß unsere Politik den letzten, unter allen Umständen fassenden Weg, den der Halbheiten und des Scheiterns vorausging, war ihre große Sünde, deren Folgen wir jetzt sehen.

Was man aber die Schuldfrage aufwerfen, dann ergibt sich schon aus den vorstehenden Darlegungen von selber, in wie entscheidendem Umfange auch die tatsächliche Schuld auf die verantwortlichen Ratgeber des Kaisers fällt; für die Führung der auswärtigen Politik gilt das übrigens mindestens für die entscheidenden Jahre der europäischen Kriege, die ja erst nach dem Novembersturm von 1908 einsetzten, ebenso wie für die Politik, die uns in den Krieg hineindrückte und die dann den politischen Verlauf des Krieges herbeiführte. Und wenn wir den Selbstverzicht der Krone im Innern als schweren Fehler bezeichnen, so ist doch gerade hier für die inneren Gegner der Monarchie nicht der geringste Grund gegeben, gegen sie aufzutreten. Sowie man überhaupt von der Schuldfrage ausgehen will, muß man doch auch dort unbedingt im Auge behalten, daß wir in einer konstitutionellen Monarchie leben, und daß die verantwortlichen Berater des Kaisers verfassungsgemäß allein die Verantwortung tragen können.

Für uns ist letzten Endes die grundsätzliche Stellung zur Monarchie entscheidend. Entweder ist man Monarchist, oder nicht. Die monarchische Ueberzeugung kann nicht von der Frage abhängig sein, ob der jeweilige Monarch eine erfolgreiche Politik treibt oder nicht; die grundsätzliche Auffassung müßte so zu Wahlmonarchie führen, die überhaupt keine Monarchie mehr ist. Das beste Beispiel für die Richtigkeit der Erbmonarchie findet man gerade bei den Hohenzollern, die längst nicht durchwegs erfolgreiche Regenten waren, trotzdem aber ihren Staat, über manche Weltkriege hinweg, doch ständig vorwärts gebracht haben. Wesen und Wert der Monarchie liegt in der Stetigkeit der Entwicklung und darin, daß mit ihr ein Faktor gegeben ist, der über den Parteien und Classeninteressen des Landes als ausgleichender und fester Halt des staatlichen und politischen Gesamtinteresses steht. Wo wollen wir vollen in Deutschland, mit keinem doppel und dreifach zersplitterten Parteimein, mit seinen offenen und unheimlichen Grenzen, und den durch die Verschiedenheiten der Stämme und Völkerstämme noch so bedenklich vermehrten zentrifugalen Tendenzen, seiner von Natur nationaler Völkern, den um so notwendigeren Halt und Zusammenhalt finden, wenn nicht bei der Monarchie? Wenn wir aber jetzt den Kaiser preisgeben wollten, so wäre der Monarchie an sich ein tödlicher Stich versetzt, und der Zerfall des Deutschen Reiches und Volkes wäre die unausweichliche Folge.

Schließlich besetzt gar kein Zweifel, daß es sich für unsere Zukunft nicht um die Person des Kaisers, sondern um die hohen politischen Überhaupt handelt; aber nicht als Dynastie, sondern als Träger des deutschen Kaiserthums und damit der Reichseinheit und Volkseinheit. Man braucht sich auch nur die Frage vorzulegen, was kommen soll und vorzugsweise kommen würde, wenn Kaiser Wilhelm II. jetzt abdankte. Wenn Wilson wirklich das nach verlangte, so wäre das der letzte Beweis dafür, daß es Deutschland nur bis auf äußerste demüthigen will, um es jeder moralischen Kraft zu berauben und um so leichter zu vernichten, und daß das deutsche Volk, wenn es erst nach die Schande des Verrathes seines Kaisers auf sich genommen hätte, keine Kraft zum Widerstand gegen weitere Zumuthungen in dieser wie in jeder Richtung mehr haben würde, ist wohl ebenso sicher, wie es weitere entehrende Zumuthungen kein würden.

Die Monarchie in Deutschland, und mit ihr außer unserer Ehre auch noch unsere Einheit und Stärke, soll zerbrochen werden. Dazu die Hand zu legen, wäre nicht nur Untreue und Verrat, sondern auch schändliche Selbstauflage. In dieser Lage kann unser Volk nur an der Seite der Hohenzollern sein, nicht nur aus Treue und Ehrgefühl, sondern vor allem aus Liebe und Pflicht gegen Reich und Volk."

Diese Darlegungen treffen im wesentlichen den Standpunkt, den auch wir dem Kaiser gegenüber einnehmen. Wir hätten nicht leicht geglaubt, daß der Gegenstand, in dem wir zu der Wilsonschen Politik hinstehen und die kurz gesagt als der "neue Kurs" bezeichnet wird, etwas klüger besetzt worden wäre. Jedenfalls ist es lächerlich, wenn sich die "Volkstimme" abermals in Antrampelungen gegen uns gefällt und es so darzustellen beliebt, als hätten wir früher: Hohenzollern und heute: Kautsky hinfällig gerufen. Wir haben es nirgends an freimütigen Worten gegen die Politik des "Neuen Kurses" fehlen lassen und sind hier, wo es erhehlen, entgegengetreten. Sie hat aber stets den "Wellsch" links" gefunden. Das darf uns aber nicht veranlassen, die Sache mit der Person zu verwechseln. Wenn uns ein Feind nicht paßt, so brauchen wir deshalb nicht zu sagen, wir tragen ihn überhaupt kein Feind mehr. Aus welchen Gründen wir trotz alledem der Monarchie haften, ist im obigen Aufsatz treffend dargestellt. Diese Meinung kann nur noch verstärkt werden, wenn wir in den Berichten über Versammlungen der Anarchisten lesen, welche Geister für die Abdankung des Kaisers die höchsten Kräfte im Staate sind.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins sprach, nach einer Meldung der "Reichs-Zeitung", der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Maxum über die politische Lage und befaßte sich über die Abhandlung. Er führte dazu aus:

Nach dem Kaiser werden im Ausland sowohl wie auch im Inlande Stimmen laut, daß seine Abdankung zur Erlangung des Friedens notwendig sei. Bei der Behandlung dieser Frage sollten wir uns nicht von Stimmungslagen leiten lassen. Ganz, wie Sozialdemokraten sind Republikaner und haben als solche keine Veranlassung, uns als Schutzwall vor der Hohenzollern zu stellen, oder darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: die Mehrheit des deutschen Volkes ist heute noch monarchisch gesinnt. Auch wenn man heute vielfach unbedachte Äußerungen über den Kaiser zu hören bekommt, von denen die vordem gewaltige Patrioten waren und von denen man solches zuletzt erwartet hätte — für uns als Sozialdemokraten handelt es sich darum, daß wir einen Rechtsstaat bekommen. Die Frage mit oder ohne Monarchie ist von untergeordneter Bedeutung. Wir können aber richtigkeit nicht in einem Rechtsstaat nur mit der Mehrheit und nicht gegen die Mehrheit des Volkes machen, wenn wir nicht richtige Zustände bekommen wollen. Verlangen müssen wir, daß die Monarchen nicht mehr die autoritäre Rolle spielen wie bisher.

In der Aussprache dankte der sozialdemokratische Stadtrat Dr. Dieck dem Referenten für die tatkräftige Behandlung der Gehörlosensfrage. Es sei unvorstellbar, legt im Kaiser den Ehrenhof finden zu wollen. "Gewiß", so sagte der Redner wörtlich, "wir haben vor dem nicht auf dieser Seite gestanden und haben ihn bekämpft, aber der Kaiser hat umgekehrt, wie so viele anderen müssen. Er hat uns am 4. August 1914 die Hand geboten und wir haben eingeknickt, und es hat sich gezeigt, daß während des ganzen Verlaufes der harten Kriegszeit der Kaiser ehlich zum Volk gehalten hat. Staatsverfassung und Monarchie sind auch bei uns ebenso wie in anderen Ländern der natürlichen Entwicklung unterworfen."

Mit bemerkenswerter Schärfe

verlangt die "Frankfurter Zeitung" in ihrem heutigen "Zweiten Morgenblatt" den Rücktritt des Kaisers. Die furchtbare Lage des Vaterlandes erfordert Wahrheit: "Diese Wahrheit ist: daß seit dem 30. September an dem das alte Regime abgelehrt wurde und die deutsche Umwälzung begann, und noch mehr seit dem 5. Oktober, an dem die neue deutsche Regierung ernannt wurde, die Geschehen um Waffenstillstand und Frieden an Wilson zu richten, Millionen und Abermillionen von Deutschen die feste Erwartung hegen, es werde der Kaiser (und mit ihm selbstverständlich auch der Kronprinz) freiwillig abtreten — freiwillig, bevor es geordnet wurde, einfach aus dem Gefühl der eigenen Würde und der natürlichen Konsequenz. Denn, was in diesen fünf Wochen vor sich gegangen ist, das ist, nach innen und nach außen, die Liquidation der dreißigjährigen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., oder dessen, was von ihr noch übrig geblieben ist in der furchtbaren Katastrophe dieses Krieges, die eben auch die Katastrophe des Kaisers ist. Was wir jetzt erleben, ist Ende und Abbruch; unendlich schien der Gedanke, daß der Anfang des Neuen, das nun kommen muß, unter denselben Zeichen der Regierung Wilhelms II. (oder seines Sohnes) begonnen werden könnte."

Es wird dann weiter auseinandergelegt, daß ein Verbleiben des Kaisers die Zerlegung des Reiches in Einzelstaaten nach sich ziehen könnte und dann müßte das deutsche Volk gezwungen sein. Die Frage steht ernsthaft aufzumachen, ob es wirklich heute noch die unbedingte Notwendigkeit nötig habe!

In anderer Stelle bespricht die "Frankfurter Zeitung" die Stellungnahme der Entente zur Kaiserfrage. Es gäbe zwei deutlich erkennbare Meinungen, die einen die es ehlich mit Deutschland meinen, verlangen den Rücktritt des Kaisers, weil nur auf diese Art geordnete Verhältnisse entstehen könnten. Das Blatt glaubt, Wilson dazu rechnen zu können, wenn er sich auch grundsätzlich nicht in die inneren Verhältnisse anderer Staaten mischen wollte. Die andere Richtung, zu dem Clemenceau gehöre, die von einem willkürlichen Haß gegen Deutschland befeuert und erstickten diesen willkürlichen Vernichtung. Diese werde aber erfolgen, wenn der Kaiser bliebe. Deshalb seien die eingeschworenen Feinde Deutschlands für ein Verbleiben des Kaisers. Die Pflicht, in dem diese Darlegung geschehen ist, ist doch etwas zu durchsichtig!

Einigung in der Sozialdemokratie

Die "Frankfurter Ztg." bringt die auffallende Meldung, daß in München, wo sich gerade eben bei einer Erziehung zum Reichstag, die beiden sozialdemokratischen Gruppen erbittert bekämpfen, der Versuch zu einer Einigung der beiden Richtungen gemacht werde. Es sei eine Kommission gewählt worden, die eine Einigung auf folgende Grundzüge erstreben solle: Rücktritt des Kaisers, Verdrängung der Arme aus der Verfassung, Ablehnung der nationalen Verteidigung und Aufkündigung der reaktionären Elemente bei der Verwaltung, vor allem in Preußen.

Gegen die Schließung von Mühlen.

Einen Antrag bezog die in neuerer Zeit erfolgte Schließung von Mühlen auf der Abg. Grünwald an die Zweite Kammer gebracht. Darin wird Beschwerde geführt, daß in der letzten Zeit wiederholt auf Betreiben der Reichsgetreidekasse in Berlin Bewilligungen, deren Verfall, Verlust und Zuverlässigkeit nicht kontrolliert werden kann, in den obersteinsten Mühlen erteilt werden, meist in hohen Maße selbstbewußt und ohne aufzuteilen irgendwelche Verluste gegen die geltenden Bestimmungen feststellen, mit dem Erfolge, daß sie nach Berlin berichten und die Reichsgetreidekasse an die zuständigen Kreisämter das Gesuch auf Schließung der Mühlen richtet. Diefem Gesuch wird meist entsprochen.

Das Rechtswort der Mäher gegen dieses Vorgehen ist ein recht kümmerliches. In den meisten Fällen sind die Verhältnisse meist ganz geringer Natur, auch in schwereren Fällen ist eine Geld- oder Freiheitsstrafe berechtigt, gegen die Schließung der Mühlen, eine so kurze und einschneidende Maßregel die nicht nur die Mäherbetriebe ruiniert, sondern auch die landwirtschaftlichen Kreise kündigt, müßte energig Einpruch erhoben werden. Diese Maßregel wird außerordentlich verstoßend und der Umstand, daß fremde Sendlinge, deren Verfall an Berlin nicht ohne weiteres als Empfehlung für ihre Zuverlässigkeit angenommen wird, zudem die alle Reichsminister durchzuführen und weittragende Feststellungen treffen, verstärkt dieses Gefühl ganz erheblich. Auch die öffentliche Brandmarke der Mäherbetriebe als unzuverlässige Personen" wirkt kränkelnd und herabsetzend.

Die Kammer möge die Regierung um eine Untersuchung ersuchen, ob die geschilderten Verhältnisse bekannt sind und welche Schritte sie beschließt, um sie zu verbessern.

Tiefsten Klagen, die hier gegen die Kontrollen der Reichsgetreidekasse in Berlin laut werden, richten sich auch, wie wir wiederholt feststellen konnten, gegen manche Kontrollen der Landes-Mäher und Getreide. Auch hier handelt es sich vielfach um Personen, deren Verfall und Zuverlässigkeit nicht kontrolliert werden", was die Betroffenen aber nicht hindert, oftmals recht anmaßend gegen die Landwirte vorzugehen, so daß man sich förmlich darauf bezieht, daß die Zeit kommen möge, wo man von diesen Stalk- und Schauer-Ratten befreit wird.

Verstärkte Ablieferungs-pflicht.

Die "Deutsche Parlaments-Korrespondenz" berichtet: Der Staatskommissar für Volksernährung hat, um Wandel zu schaffen, angeordnet, daß die Landkreise ihre Ablieferungs-pflichtigkeit unbedingt erfüllen, d. h. die ihnen auferlegte Kartoffel- und Getreideernte auf jeden Fall abzuliefern haben. Sollte durch den Schlachthandel eine Kürzung dabei abzuliefern den Mengen eintreten, so sind die Nationen der Selbstversorgung und Versorgungsberechtigten zu kürzen. Die Bestimmung wird in Zukunft unanfechtlich durchgeführt werden.

Weitere Zugangsbeschränkung.

Das Zusammenreffen verschiedener ungünstiger Umstände macht energig Maßnahmen notwendig, um größeren Verkehrsbehinderungen vorzubeugen. So die in jüngster Zeit, zuletzt am 1. November vorgenommenen Zugangsbeschränkungen hierfür noch nicht ausreichen, müssen vorübergehend noch weitere Rige verhängen, inwieweit der großen Unannehmlichkeiten, die daraus für den Verkehr, namentlich auch den Berufsverkehr entstehen. Das Publikum wird erneut ersucht, nur unauflösliche Reisen zu unternehmen, zumal mit der Erreichung von Aufschüben nicht sicher gerechnet werden kann.



Vorbericht. Dem Säulen Guga Pfeffer bei einem badiischen Grenadier-Regiment wurde für bewiesene Tapferkeit vor dem Feinde das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen.

Aus der Heimat.

FC. Bad Nauheim, 3. Nov. Die Bürgermeisterei gibt an die minderbemittelte Bevölkerung Brenholz zum Preise von drei Mark pro Zentner aus den Vorräten der Stadt ab. — Frau Heinrich Pfeiffer II. Witwe beging gestern ihren 90. Geburtstag.

Aus Hessen-Kassel

FC. Aus Kassel, 3. Nov. In der letzten Sitzung des Direktoriums des Vereins nassauischer Land- und Forstwirte wurde berichtet, daß namentlich unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Taunusgebietes große Erregung darüber entstanden sei, daß die Kontrolle der Kreise Hungen und Unterhungen, entgegen der Verfügung des Staatssekretärs des Reichsministeriums

amtes, die ländlichen Dehmühlen ihrer Kreise für die Dehmühle-erzeugung geschlossen und restlose Ablieferung aller angebauten Dehmühle unter Willkürlicher späterer Dehmühleverteilung angeordnet hätten. Von mehreren Sitzungsteilnehmern, insbesondere dem Reichstagsabgeordneten Bürgermeister Hepp-Seelbach und Landwirt Georg Eisel II. Mentabaur, wurde sehr nachdrücklich auf die Gefahren hingewiesen, die dem nassauischen Dehmühlebau durch Maßnahmen, wie sie seitens der Kommunalverbände Unterhungen und Hungen ergriffen worden seien, drohen. Bedenke noch bedenklicher als die Schließung des Dehmühlebaues sei im jetzigen Stadium des Krieges die erneute unwillkürliche Dehmühleverteilung, der die Stimmung der bis zum äußersten verzerrten landwirtschaftlichen Bevölkerung ausgeliefert werden. Dabei erwähnte Landwirt Eisel den Fall, daß Landwirte zwischen zwei bis drei Tage lang im Regierungsbezirk hingerufen seien, um ihre Dehmühle bei einer ländlichen Dehmühleverteilung zu bekommen. Es wurde befohlen, die Dehmühleverteilung zu erziehen, daß die ländlichen Dehmühlen den Dehmühleverteilungen wieder zugänglich gemacht werden.

FC. Wiesbaden, 1. Nov. Aus dem Garten des Hrn. Bohnenberger in der Sonnenberger Gemarkung wurden im Juli d. J. Kürbissen und Kürbisse in erheblicher Menge geerntet. Einem Tages legte sich Bohnenberger deshalb mit dem Hrn. Hühner auf die Kauer und beschloß, wie der Arbeiter G. Ulrich mit seinen Brüdern Philipp und Paul aus Wiesbaden den Feldweg betreten und den Garten "abzurufen". Die drei wurden gefesselt, bestritten irgend je im Garten etwas gemacht zu haben und dort Hühner zu wachen und gaben an, auf der Wiese zu sein. Auch heute vor der Strafkammer betreten die drei ihre Anklage, doch deponierten einige Zeugen, die Kürbisse angeblich wieder zu erkennen durch mehrmalige gemeinsame Tramfahrgänge, die sie mit ihnen von Sonnenberger bis Wiesbaden gemacht, wobei die drei an verschiedenen Tagen Kürbisse schwer mit Obst gefüllt mit sich führten. Trotzdem die Frau des Georg Ulrich einen schwunghaften Handel mit Obst, besonders aus dem Heffischen betrieben hat, war das Gericht der Ansicht, daß die Angeklagten als Täter in Frage kommen und erkannte gegen Georg Ulrich auf ein Jahr Gefängnis, gegen Paul Ulrich, der zuerst Solbat, aber dem bürgerlichen Gerichte zur Aburteilung überwiegen wurde, auf drei Monate Gefängnis; Philipp erhielt einen Freispruch. Der Staatsanwalt hatte die Freisprechung sämtlicher Angeklagter beantragt.

FC. Albstadt, 1. Nov. In einem Hause der Eddersheimerstraße, im Amweiser Reich, ereignete sich eine Gasexplosion. Zwei Menschen und ein anwesender Herr erlitten schwere Brandwunden im Gesicht.

FC. Aus dem Unterhungen, 1. Nov. Kälberfleischschlachtingen werden mit Rücksicht auf die dem Unterhungenkreise angelegenen bedeutenden Fleischlieferungen von jetzt ab nicht mehr gestattet. Die nicht zur Zeit verwendeten Kälber müssen an den Viehhandelsverband abgeliefert werden. Rinderfleischschlachtingen werden im allgemeinen auch nur in solchen landwirtschaftlichen Betrieben im Unterhungen zugelassen, in denen diese Schlachtungen auch vor dem Kriege üblich waren.

FC. Eimberg, 1. Nov. Auf der Wiese der Viehhändlers Ferd. Koni wurde von Gaurern eine Kuh abgejagt und mitgenommen. Nur ein Stücker Kuhhaut zeugte auf dem Schlachtplatz von verschwundener Beute. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Aus Starksburg.

Aus dem Rodgau, 1. Nov. Ueber eine kleine Apenackade berichtet die "Ochse Volksz." : Stellte sich da am Samstag auf der Bürgermeisterei zu Weiskirchen ein gewisser Herr Gehr von Dörningheim vor, versehen mit einem Ausweis der Landes-Mäher und Getreide zu Darmstadt, und wollte hier als Beamter dieser Stelle bei den Aufhalten Revision abhalten, ob dieselben nicht zwei Wüter und Böhm in Weiskirchen hätten. Mit Hilfe der Gendarmerie wurden verschiedene Häuser besucht und eine Menge Butter beschlagnahmt. Untertachtet der Sonntaggrube wurde auch noch am folgenden Tage die Unterjagd fortgesetzt. Montag früh ging es dann nach Hagenheim und Eichenhofen, wo der Unterjäger ebenfalls eine größere Menge Butter mitgehen ließ. Montag nachmittag wurde die Tätigkeit im Rodgau beendet und der Revisionbeamte fuhr mit gefüllten Tassen weiter, versehen mit einer Bestätigung der Groß-Bürgermeisterei zu Weiskirchen, Hagenheim, Eichenhofen, daß er keine Tätigkeit dahier ausübt habe. Zum Abend hatte der Herr Revisor die beiden Herren Gendarmen und den Herrn Wütertraummann zum Abschiedsessen eingeladen. Durch irgend eine bis jetzt noch unbekannte Ursache war einer der hiesigen Gendarmen jenseitig geworden, und wäre gern zur Verhaftung des Herrn geladeten, wenn er seiner hätte noch habhaft werden können. Zum Glück stellte sich der bis jetzt noch ahnungslose Revisor am Dienstag nachmittag wieder ein, um die übrige Butter abzuholen. Wo er nämlich wieder Wohn auftrat, wachte die Wüter rasch Butter herstellen und die seine in das Gasthaus bringen, wo der Herr abgeholt war. Diesmal aber kam er nicht auf verrostetem Zweirad, sondern in elegantem Wagen. Fast überall, besonders in Oberhessen, wurden ihm Wagen und Pferde nach Belieben zur Verfügung gestellt. Der Herr Revisionbeamte machte aber große Augen, als der gleich anwesende Wütermeister entgegen seinem früheren Benehmen, ihn ziemlich unkonst auf dem Wagen herausholte und für verhaftet erklärte.

Kirchliche Nachrichten.

Gottesdienst in der Stadtkirche. Mittwoch, 8. Nov. abends 8 1/2 Uhr: Kriegsanacht. Herr Direktor Schaeff.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Sichel, Friedberg; für den Angelegenheit: A. Gerner, Friedberg. Druck und Verlag der "Neuen Tageszeitung", A. G. Friedberg.

Herzenskämpfe.

Roman von Helene Schütz, geb. von Gersdorff.
(Copyright 1913 by C. Adersmann-Stattdorf.)

11) Nachdruck verboten.

Nun wurde noch alles Nötige besprochen, auch das Telegramm an Hilde, welches sie schon morgens um 6 Uhr aus ihren Lippen fließen lassen sollte. Dann verabschiedete sich der Marquis mit überauswärtigen Dankbarkeitsäußerungen und dem Botsprechen, jeden Augenblick jedes Wink gewärtig zu sein, von seinem zukünftigen Schwiegervater, — äußerst zufrieden mit sich selbst und seinem Tagewerk.

14. Kapitel.

Hilde fuhr mit ihrer Jungfer allein in einem Abteil erster Klasse und hatte dadurch Zeit und Ruhe, sich ihrem Abschiedsschmerz und ihren bangen Sorgen für die Zukunft hinzugeben. Wie würde alles gehen? was hand ihr bevor? Wenn es wirklich zu einem Kampf mit ihrem Vater kommen sollte, wie ihre nicht unterliegenden Meinungen ihr verhielten, so würde sie ganz allein dem gegenüberstehen. Sie wußte niemand, der ihr hätte helfen wollen oder können. Ihr geliebter und verehrter Vater, Reichard und seine Familie, die einzigen Menschen, auf die sie sich verlassen konnte, wohnten nicht in G., wo sich Anteilnahme nur im Sommer aufstellte, sondern in der großen Rheinstraße 6, wo Hildes Vater ein palastartiges Wohnhaus, nebst vielen anderen Säulern und Rogenhäusern besaß. Also diese Leben und wahren Freunde konnten in einem Notfall ebenso wenig schnell zu Hilfe eilen, wie Onkel Bernhard und Tante Ella. Nein, es galt allein alles durchzukämpfen, fest hinstehen und sich durch nichts einschüchtern lassen. Bei dem Gedanken, ihrem Vater mütterlicherseits mit eisernem Widerstand gegenüberstehen zu müssen, überfiel sie ein Zittern, eine Angst, daß sie selbst am ganzen Körper bebte und flog. Dann aber schalt sie sich selbst:

„Was! wie feige! Ist Reinhold nicht wert, daß ich für ihn leide? Und dann . . . gibt es nicht Einen, der mich nicht ver-

lassen wird? Gott, gib du mir Kraft und Mut, mit deiner Hilfe wird alles gut werden!“

Sie schloß, wie ihr mit diesen Gedanken neue Kraft zufließte. Und dann suchte sie sich zu trösten. Es brauchte ja gar nicht zum Neuhäuser, vielleicht überhaupt nicht schlimm zu kommen. Es war ja möglich, daß der Vater Reinholds Werbung nicht abwies. Er war ja so unberechenbar, man konnte nie vorher wissen, wie er eine Sache aufnehmen würde. Sie nahm sich vor, sehr ruhig, sehr geduldig, ja, wenn möglich, liebevoll zu sein.

Als sie in G. ankam, fand Fräulein Lehmann, sie erwartend, auf dem Verrin; sie war wie gewöhnlich sehr elegant und etwas auffallend gekleidet.

„Willkommen, Kind, willkommen! Schön, daß du wieder da bist!“ begrüßte sie Hilde sehr lebhaft. „Es ist doch gar zu langweilig zu Hause, wenn du fort bist. Keine Musik, keine Gesellschaft . . . Alles öde und still! Nur deines Pappas Launen und Brummen zur Unterhaltung.“

Als langjährige Leiterin des Hauses und Hildes Erzieherin durfte sie sich diese vertrauliche Sprache erlauben.

Sie führten in des Geheimrats eigener Equipage bis zu seiner ziemlich entfernt gelegenen Villa.

Als sie dort ankamen, wurden sie nur von der Dienerschaft empfangen. Der Geheimrat fand es nicht der Mühe wert, sein Zimmer zu verlassen, um seine Tochter zu begrüßen. Hilde war solche Liebenswürdigkeiten von ihm auch gar nicht gewöhnt und wunderte sich deshalb auch keineswegs darüber.

Leichtfüßig sprang sie aus dem Wagen, eilte in das Haus und die Treppen hinauf in ihres Vaters Zimmer.

„Da bin ich, Papa!“ sagte sie eintretend und ihm, wie er es liebte, noch altväterlicher Art die Hand küßend, die er ihr entgegenstreckte. „Du hast gerufen und ich bin gekommen.“

„Du wärst wohl gern noch länger fort geblieben?“ fragte er lachend.

„Allerdings, es war diesmal besonders nett bei Onkel und Tante“, gab sie arglos zurück.

„So?“ fragte er. „Warum denn so besonders?“

„Nun, Bangs Verlobung bringt doch allerlei mit sich, was lustig und amüsant ist. Seine Braut ist allerliebst, wir haben uns sehr angefreundet. Und dann fand auch gerade ein Hof-fest statt, zu dem wir alle eingeladen waren. Die Königin selbst war sehr liebenswürdig, sehr freundlich, und außerdem habe ich auch viele interessante Leutnants dort kennen gelernt.“

„So, so, das ist ja sehr schön. Und du hast dir von einem ganzen Regiment Leutnants die Kur machen lassen, das war wohl das Allerinteressanteste“, höhnte der Geheimrat kleinlaut freundlich. „Ja, was es dem gnädigen Fräulein natürlich nicht angenehm, zu dem alten kranken Vater zurückkommen zu müssen!“

„Ach, lieber Vater, geht es dir nicht gut?“ fragte Hilde teilnahmsvoll, deren Mitleid gleich erwachte, wenn sie glaubte, daß jemand litt.

„Die alte Geschichte“, brummte er. „Schmerzen überall, kein Appetit, wenig Schlaf, ein etwies Leben! Uebrigens hast du den Marquis oft gesehen? Er ist ja doch auch in G.“

„Ja wohl, Papa, wir haben fast täglich mußtiziert. Tante und Onkel haben ihn uns zu Liebe sehr freundlich aufgenom-men. Besonders in den ersten Wochen meines Aufenthalts war er sehr viel bei ihnen.“

„Warum denn später nicht mehr?“

„O, er kam auch später noch oft. Aber die Familie unter-nahm häufig Ausflüge in die Umgegend zu Wagen, mit der Bahn, da war er selten dabei.“

„War da überhaupt nie jemand anders als die Verwandten dabei?“

„Nein, der Geheimrat sein Institutum fort, sich immer mehr dem Kernpunkt dessen nähernd, was er erfahren wollte.“

Hilde war erstaunt, daß ihr Vater solch Interesse an ihren Erlebnissen zeigte. Das war sie gar nicht bei ihm gewöhnt; bisher war ihm stets alles gleichgültig gewesen, was nicht seine eigene Person betraf. Sollte sie nicht diese gute Stimmung und Gelegenheit benützen, um Reinhold anstandslos richtig zu er-wähnen? Ja, es konnte nicht schaden, hören muß er ja doch von ihm.

Fortsetzung folgt.



und Schwager

Fürs Vaterland starb am 15. Oktober djs. Js. nach vierjähriger treuer
Pflichterfüllung an seiner schweren Verwundung durch Granatsplitter unser guter
hoffnungsvoller Sohn, mein heißgeliebter Bräutigam, mein treuer Bruder, Enkel

Feldhilfsarzt Albert Fink

Pionier-Kompagnie 112,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl. und des Hessischen Sanitätskreuzes.

Wölfersheim, Gießen, Neustadt i. D., Weienheim, den 6. November 1918.

In tiefem Schmerz:

Heinrich Fink, Lehrer

Frieda Weber geb. Fink

Auguste Fink geb. Stein

August Stein, Altbürgermeister

Emmy Krauze

Richard Weber, Pfarrassistent.

Es wird gebeten, vom Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

Für die uns anlässlich unserer
Verlobung erwiesene Aufmerk-
samkeiten danken wir herzlichst

Marie Wentzell
August Reiß.

Nieder-Erlenbach

Nieder-Wöllstadt.

Anlässlich meiner Versetzung von Echzell nach
Gönnern allen Freunden und Bekannten ein herz-
liches Lebewohl.

W. Bender, Bahnstabsverwalter,
und Familie.
Gönnern.

Bekanntmachung.

Der Geschäftsführer Geis des Kreisarbeits-
nachweises Friedberg, Fernruf 70, beabsichtigt bis
Ende November in Bayern und Fuldaer Gegend

Feldmädchen

für's nächste Jahr zu vermitteln. Ferner sind wir be-
reit, Verträge dort zu erneuern. Interessenten werden
gebeten, bis zum 1. Dezember genaue Bedingungen
im Geschäftszimmer, Bismarckstr. 30, pt., bekanntzugeben.
Auch machen wir auf stets prompte Vermittlung von
Mutterfamilien, ledigen Mätern und Mütterinnen auf-
merksam. Sämtliche Vermittlungen sind gebührenfrei.

Vereinigte Landwirte v. Frankfurt a. M. u. Umgegend, e. V.

Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Kronprinzenstraße 41.
(Kronprinzenbau.) — Fernruf Nummer 4208.
Wir bitten. Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, nachmittags
von 2-4 Uhr. — Geschäftsangelegenheiten in diesem Raum nur für
unsere Mitglieder; dieselben sind kostenlos, jedoch muß bei An-
gabe der Anzeige auf die Mitgliedschaft hingewiesen werden.

Belgische Zuchstute,

gedeckt, wegen Kadavert zu ver-
laufen.
Hugo Balth, Bauernheim.

Offiziere
prima breitbuddige Oldenburg

Ferkel

mit Schlappohren zur Zucht und
Schnellmarkt geeignet, gesund und
leistungsfähig, gute Freßer
6-8 Wochen 55-75 Mk.
8-10 " 75-100 "
10-12 " 100-120 "
12-15 " 120-150 " p. St.
sämtliche Tiere sind freispieler-
lich unterzucht. Verloren unter
Kadavert. Für gesunde, lebende
Antunzi wird garantiert.

Peter Stuiwer,

Düffeldorf, Cölnerstr. 332.
Tel. 2949.

Scheidenkalamar u. Verkalben

Anstich
Vaginal- und Bullenstich
schnell, billig, bequem und sicher
Bezugsdurch Tüchtige Prospekt
Dr. Plate, Brügge i. W.

Fortbildungsschule.

Nach dem Beschluß des Schul-
und Stadtvorstandes darüber sollen
im kommenden Winterhalbjahr
dieserigen Fortbildungsschulpflich-
tigen Knaben hiesiger Stadt, d. e.
Okt. 1919 aus der Schule ent-
lassen werden sind, zum Besuch
der Fortbildungsschule heran-
gezogen werden.

Dieselben haben sich zwecks An-
meldung Donnerstag, d. 7. Nov.,
nachmittags 5 Uhr im städtischen
Schulhaus, Hauptmarktstraße 10,
pünktlich einzufinden.

Im Stadtriell Hauptmarkt soll die
Anmeldungsfrist, d. 8. Nov.,
nachmittags 5 Uhr, im neuen
Schulhaus ebenfalls erfolgen.

Friedberg, den 4. Nov. 1918
Der Schulvorstand.
H. B. Da mm.

Geld-Lotterie

185 000 Lose, 6250 Gewinne, — Mk.

155 000

60 000

20 000

10 000

Bar ohne Abzug.

Übertragungs Geld-Lose zu 3 Mk.

Porto und Liste extra 45 Pfg.

In allen Lotterie-Organisationen u. durch

Lud. Müller & Co.

Berlin W. Weidenerstr.

Losse hier bei Lotterie-Einnahmer Stamm.

Prüfung

Prüfung

Zum

Schlachten

Alle Sorten Därme

sowie

Kinder-, Kalbs- und Schweineklaffen

in nur geschredder Ware,

empfehlen

G. W. Zöll,

Friedberg in Hessen.

Telefon 410

Wortwechsel

Erstklassiges auchstarkes

Kalb

(Simmentaler), beste Abstammung,

zu verkaufen.

Ludwig Kahl, Rodheim v. d. H.